



GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2016/3

Datum/Zeit	Donnerstag, 25. August 2016, 18:00 - 20.15 Uhr
Ort	Tellsaal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen
Vorsitz	Luyet Cédric (GLP) _____ 1
Mitglieder	Blaser Peter (SP) Burkhalter Hans Rudolf (Grüne) Kehrli Rudolf (SP) Mahler Rudolf (SP) Nova Colette (SP) Tanner Adrian (Grüne) Thomann Thulani (SP) Weber Hadorn Maya (SP) Weishaupt Jakob (SP) Zeyer Christian (SP) _____ 10 Friedli Hans Peter (SVP) Hirsiger Ernst (SVP) Müller Lucia (SVP) Schneiter Roger (SVP) Zaugg Gerhard (SVP) Zysset Walter (SVP) _____ 6 Bolliger Renate (EVP) Fels Silvia (EVP) Wagner Peter (EVP) Wagner Rahel (EVP) _____ 4 Hubschmid Roger (FDP) Walter Aliosha (FDP) Weibel Tobias (FDP) _____ 3 Leuthold Andreas (FORUM) Rüfli Roland (FORUM) _____ 2 Gasser Melanie (GLP) _____ 1 Löhner Sandra (CVP) <i>bis 19.20 Uhr</i> Rippstein Eduard (CVP) _____ 2 Total anwesend <u>29</u>
Mitglieder Gemeinderat	Blaser Erich (SVP), Ernst Synes (CVP), Lüthy Ursula (Grüne), Panayides Alike (SVP), Schoop Henrik (FDP), Thomann Andreas (SP) sowie die Gemeindeschreiberin Steudler Barbara
Protokoll	Kumli Jürg, Gemeindeschreiber Stv.

Entschuldigt abwesend	Mitglieder GGR: Alberucci Luca (GLP), Bendoza Thomas (parteilos), Burri Simon (SVP), Hausammann Hans Rudolf (SVP), Hess Rudolf (SVP), Ögüt Hasan (SP), Studer Martin (SVP), Weber Marlis (parteilos) und Zeyer Priska (parteilos)
Unentschuldigt abwesend	Mitglieder GGR: Müller Alfred (parteilos) und Rajaratnam Saibaven (SP)

TRAKTANDEN

33.	Protokoll #1 der GGR-Sitzung vom 10. März 2016; Genehmigung.....	131
34.	Verwaltungsbericht 2015; Genehmigung.....	132
35.	Personal- und Besoldungsordnung (PBO): Anpassung Artikel aufgrund Änderung Personalvorsorgestiftung; Genehmigung der Teilrevision	138
36.	Hochbau: Externe Unterstützung "Baubewilligungsverfahren"; Genehmigung Nachkredit.....	139
37.	Sanierung/Neubau Kindergärten; Kreditabrechnung 1. Phase	140
38.	Ahornstrasse 1 + 3: provisorischer Doppelkindergarten; Kreditabrechnung	142
39.	Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Einführung des papierlosen Ratsbetriebs; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	143
40.	Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Optimierung des Mutter-Kind Deutschkurses zu einem Integrationskurs; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	148

41.	Postulat Fraktion SP-Grüne betreffend Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen; Erheblicherklärung/Ablehnung.....	150
42.	Postulat GLP/CVP-Fraktion betreffend Massnahmen zur Stabilisierung des Ergebnisses der Spezialfinanzierung "Abwasserentsorgung"; Erheblicherklärung/Ablehnung	154
43.	Interpellation Peter Blaser (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Altersleitbild Ostermundigen; schriftliche Beantwortung	156
44.	Einfache Anfrage EVP-Fraktion betreffend Kablan AG, Ostermundigen; schriftliche Beantwortung.....	157
45.	Orientierungen des Gemeinderates	158
a)	Regionales Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK) II; weiteres Vorgehen	158
b)	Wahlanleitung "Gemeinderat"; Sitzverteilung	158
c)	Terminplan 2016; Anmerkung der GPK.....	158
d)	Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Stellenplan vor das Parlament.....	158
e)	Rückzug von Traktandum #35 „Teilrevision Personal- und Besoldungsordnung (PBO)“	159
f)	Behörden- und Verwaltungsreform: Optimierung der Abteilung Soziales	159
g)	Abfallsünder.....	160
h)	Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen.....	160

46.	Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Erklärung der Gemeinde Ostermundigen zur TiSA-freien Zone; parlamentarischer Neueingang	162
47.	Pendenzenliste 2016.....	164

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 3. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) des Jahres 2016. Ich heisse ebenfalls die Vertretenden der Presse sowie die anwesenden Zuschauerinnen und Zuschauer herzlich willkommen. Ich danke für das entgegengebrachte Interesse.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf.

Es sind 29 Ratsmitglieder anwesend und der GGR ist somit beschlussfähig.

1. Aus den Erfahrungen der letzten Sitzung möchte ich nochmals eingehend auf den Artikel 38 der Geschäftsordnung des GGR hinweisen: Sämtliche Änderungsanträge sind klar zu formulieren und schriftlich dem Präsidium bzw. Ratssekretär abzugeben! Zusätzliche Kopien für den Gemeinderat sowie für die Presse erleichtern den Ratsbetrieb! - Besten Dank für die Mithilfe.
2. Auf den Ratstischen liegen auf:
 - Jahresbericht 2015 der Regionalkonferenz Bern Mittelland (RKBM)
 - Flyer "Wander Openair-Kino" am 10. und 24. September 2016
 - Ausstellung "Lichtbilder tun der Seele gut" vom 7. September bis 9. Oktober 2016 in Stef's Kulturbistro
3. Die nächste Sitzung findet am 10. November 2016 statt.
4. Im Anschluss an die Sitzung treffen wir uns in „Stef's Kulturbistro“.

Traktandenliste

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Traktandum Nr. 35: Personal- und Besoldungsordnung (PBO): Anpassung Artikel aufgrund Änderung Personalvorsorgestiftung; Genehmigung der Teilrevision

- ① Das Geschäft wird zurückgezogen.

Traktandum Nr. 45: Orientierungen des Gemeinderates

- a. Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK) II; weiteres Vorgehen (Sprecher: Thomas Iten)
- b. Wahlenleitung für die Legislatur 2017 - 2020; Sitzverteilung Gemeinderat (Sprecher: Thomas Iten)
- c. Terminplan 2016; Beanstandung der Geschäftsprüfungskommission (Sprecher: Thomas Iten)
- d. Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Stellenplan (Sprecher: Thomas Iten)
- e. Rückzug von Traktandum #35 (Sprecher: Thomas Iten)
- f. Behörden- und Verwaltungsreform; Abteilung Soziales (Sprecher: Synes Ernst)

- g. Abfallsünder (Sprecher: Andreas Thomann)
- h. Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS B-I-O) (Sprecher: Thomas Iten)

B e s c h l u s s

Die Traktandenliste wird mit den erwähnten Änderungen stillschweigend genehmigt.

100.3.10.03 Protokollgenehmigung

33. Protokoll #1 der GGR-Sitzung vom 10. März 2016; Genehmigung

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Liegen zum vorliegenden Protokoll Wortmeldungen vor?

Rudolf Mahler (SP): Ich habe eine Korrektur zu meinem Votum auf Seite 26 abzugeben. Ich habe nicht vom "Trämliprojekt" gesprochen; dafür ist mir das Projekt zu wichtig. Die korrekte Aussage ist wie folgt zu protokollieren:

... Es gibt auch heute noch Bevölkerungsgruppen, welche das "Tramprojekt" nicht unterstützen werden.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Es liegen keine weiteren Anmerkungen zum Protokoll vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Das Protokoll #1 der GGR-Sitzung vom 10. März 2016 wird genehmigt.

34. Verwaltungsbericht 2015; Genehmigung

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Zuerst ist die Diskussion über den "Verwaltungsbericht 2015" und anschliessend über die Botschaft zu führen. Über allfällige Postulate gemäss Artikel 53 Absatz 5 der Gemeindeordnung des GGR (GO GGR) hat das Parlament sofort abzustimmen.

Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

In der GGR-Botschaft wurde in der Beschlusseziffer Nr. 2 die Motion SP/Grüne-Fraktion betreffend Verbesserung des Budgetierungsprozesses ebenfalls in der Rubrik "Postulate" aufgeführt. Dieser Sachverhalt ist falsch und der Eintrag bei den Postulaten kann ersatzlos gestrichen werden.

Eduard Rippstein (CVP): Ich habe eine Anmerkung zu:

- ① Botschaft Seite 12; Kapitel 2.1.12. "Überparteiliche Motion betreffend Kinderschutz durch Verkehrssicherheit bei der Schulanlage Rüti"

Im Jahre 2012 wurde die Motion vom Parlament angenommen und es wurde ein fix installierter Radarkasten gefordert. Das Geld ist im Finanzplan eingestellt. Auf das Fehlen des Radarkastens wurde bereits bei der Beratung der Verwaltungsberichte in den Jahren 2013 und 2014 hingewiesen. Bis heute ist an dieser gefährlichen Stelle nichts passiert.

Offenbar ist Demokratie nur dann etwas Wert, wenn ein Nutzen daraus gezogen werden kann.

Lieber Gemeinderat, die Abteilung Öffentliche Sicherheit will offenbar das Geschäft nicht erledigen. Das Geschäft kann von der Abteilung Öffentliche Sicherheit an die Abteilung Bildung, Kultur, Sport oder die Abteilung Tiefbau + Betriebe delegiert werden.

Es ist eine Zumutung, dass dieses Geschäft Jahr für Jahr weitergezogen wird und dies trotz den mehrfachen Hinweisen seitens Parlament. Ich möchte heute keine Stellungnahme der Departementsvorsteherin, Aliko Panayides. Ich möchte eine Antwort des Gemeindepräsidenten über das weitere Vorgehen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Im letzten Mai habe ich von der Abteilung Öffentliche Sicherheit die Zahlen der semistationären Radaranlage erhalten. Bei der ersten Aufstellung dieser Radaranlage konnte eine Übertretungsquote von ungefähr 6 Prozent festgestellt werden. Mittlerweile liegt die Übertretungsquote bei 0,84 Prozent. Diese Werte werden ebenfalls bei stationären Radaranlagen erwirkt.

Ich nehme den Punkt auf. Wir werden die Sachlage nochmals im Gemeinderat diskutieren, sowie das Anliegen des Parlamentes genau prüfen.

Eduard Rippstein (CVP): In den ganzen Diskussionen wurde immer wieder die präventive Wirkung und nicht das Einholen von Bussengeldern in den Vordergrund gestellt. Es ist bekannt, dass die Raser den semistationären Kasten erblicken. Gewisse Raser können erst mittels Laserpistole gefasst werden. Genau diese Art von Raser wollen wir eliminieren!

Entweder ist die Demokratie dem Gemeinderat etwas Wert - ansonsten kann die Motion als erledigt abgeschrieben werden.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Eine Bemerkung sei mir an dieser Stelle noch erlaubt: Raser mit Tempo 120 km/h können auf den Strassen von Ostermundigen nur von der Kantonspolizei gebüsst werden. Dabei spielt es keine Rolle, welche Art von Radarkästen aufgestellt worden sind.

Wenn das Parlament der Auffassung ist, dass die Motion nicht erfüllt ist, dann kann es am Schluss den entsprechenden Beschluss fassen.

Christian Zeyer (SP): Besten Dank für den neu abgefassten Verwaltungsbericht. Ich möchte bei den Motionen auf einige Punkte hinweisen:

- ① Zu Kapitel 2.1.16. - Motion SP/Grüne-Fraktion betreffend Verbesserung des Budgetierungsprozesses

Der Text wurde im vorliegenden Verwaltungsbericht abgeändert. Passiert ist noch nicht allzu viel. Ich bin von den Ausführungen des Gemeinderates nicht begeistert. Vielleicht versucht da der Gemeinderat, das Maximum aus den Verbesserungen herauszuholen.

- ① Zu Kapitel 2.1.7 - Motion SP-Fraktion betreffend freie Fahrt für den Veloverkehr

Vom Parlament wurden Sofortmassnahmen zur Umsetzung beschlossen. Wir haben festgestellt, dass in der Berichterstattung nichts über die Sofortmassnahmen festgehalten worden ist. Wir möchten mehr Informationen zum Stand des Geschäftes in Erfahrung bringen.

- ① Eine Anmerkung zur Entwicklung "Gerbebereich" (Kapitel 2.1.11 - Überparteiliche Motion betreffend Entwicklung entlang der Bahnlinie Ostermundigen)

Wir bedauern die Absichten der SBB, ein Interventionszentrum zu errichten. Nichtsdestotrotz sollte eine Gesamtplanung vorangetrieben werden. Mit einer Gesamtplanung kann eine gewisse Quartieraufwertung erreicht werden. Es ist wichtig, dass in diesem Quartier eine Aufwertung vollzogen wird. Der Erlass einer geeigneten Überbauungsordnung kann helfen, einen positiven Effekt zu erwirken.

Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er die Motion umsetzt.

Renate Bolliger (EVP): Ich habe ebenfalls eine Anmerkung anzubringen:

- ① Botschaft Seite 11; Kapitel 2.1.8. - Motion EVP-Fraktion betreffend Familienkonzept in der Gemeinde Ostermundigen

Ich deponiere einen **Änderungsantrag Nr. 1** mit folgendem Wortlaut:

Ich beantrage, die Motion nicht abzuschreiben.

Seit der Behandlung der Motion sind die Minimalanforderungen, die damals vom GGR angenommen wurden, nicht erfüllt. Im Internet sind nur die Angebote der Gemeinde aufgeführt. Es ist seither genau nichts unternommen worden. Wir hatten uns damals vorgestellt, dass ersichtlich wäre, was in der Gemeinde im Kinder und Jugendbereich alles angeboten wird. Im Internet ist auch keine Koordinationsstelle für Familien benannt, was auch unter den Minimalanforderungen genannt wurde. Und wenn ich beim Jugendamt auf den Link weitere Themen Kinder/Jugendlichen klicke, komme ich auf die Bildergalerie der Gemeinde Ostermundigen.

Ein weiterer Beschlusspunkt war:

"Der Gemeinderat wird sich in Zusammenhang mit der Thematik Integration und Bevölkerungsstruktur dem Thema annehmen und Bericht erstatten."

Im Verwaltungsbericht wurde nie über weitere Schritte informiert.

Nach unserer Meinung könnte bei der Umsetzung dieser Motion mit Minimalanforderungen noch ein Schub geschehen.

Rudolf Mahler (SP): Ich habe eine Anmerkung zu:

- ① Botschaft Seite 12; Kapitel 2.1.14 - Motion R. Mahler (SP) + Mitunterzeichnende betreffend klares Temporegime auf Ostermundigens Strassen

Peter von Arx als Sekretär der Arbeitsgruppe "Temporegime" hat im Mitbericht festgehalten, dass im November/Dezember 2015 ein Mitwirkungsverfahren durchgeführt werden soll. Leider ist das Vorgehen vom Gemeinderat nicht unterstützt worden.

Ich verlange, dass jährlich vom Gemeinderat ein Teil vom Konzept (30er Zone, Begegnungszone usw.) realisiert wird. Ein Konzept auszuarbeiten und dann in der Schublade verschwinden lassen, da darf dann schon von Geldverschwendung gesprochen werden. Die Enttäuschung ist ebenfalls bei den Erarbeitern des Konzeptes gross, d. h. im vorliegenden Fall werden unsere Gemeindeangestellten stark enttäuscht.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass das Konzept nicht versandet.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Wir kommen zu den Abteilungen Bildung, Kultur, Sport, Finanzen/Steuern und Hochbau bzw. zu den Seiten 28 bis 37. Liegen Wortmeldungen vor?

Christian Zeyer (SP): Ich habe eine Anmerkung zu:

- ① Botschaft Seite 21; Kapitel 2 - Umweltschutz auf Gemeindeebene

Die Betreuung des Umweltschutzes wurde von der Verwaltung ausgegliedert. Doch wir würden gerne wissen, was das Umweltbüro IC Infraconsult AG für die Gemeinde Ostermundigen im letzten Jahr erledigt hat. Ansonsten kann das Kapitel gänzlich gestrichen werden. Der Bericht ist an dieser Stelle ungenügend!

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Nicht nur das Thema "Umwelt" wurde eingekürzt. Der Verwaltungsbericht ist im Vergleich mit den Vorjahren um 50 Prozent reduziert worden. Die Kürzungen wurden von einer Arbeitsgruppe zusammen mit Parlamentsmitgliedern vorgenommen. Beim Umweltschutz müssten sehr viele Themen in den Verwaltungsbericht aufgenommen werden. Wenn das Parlament das Gefühl hat, dass mehr über das Thema "Umweltschutz" berichtet werden sollte, dann werden wir diese Aktivitäten selbstverständlich wieder aufnehmen.

Christian Zeyer (SP): Ich kann die Begründung nachvollziehen. Ich begrüsse die Kürzung des Verwaltungsberichtes. Doch das vorliegende Kapitel "Umweltschutz auf Gemeindeebene" sagt nichts aus. Die Aussage, dass der Umweltschutz seit dem Jahre 1993 ausgelagert worden ist, ist nicht aussagekräftig und kann ersatzlos gestrichen werden. Der Umweltschutz sollte in der Abteilung Hochbau in der Rubrik "Energiekommission" beschrieben werden.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Wir kommen zu den Abteilungen Tiefbau + Betriebe, Öffentliche Sicherheit und Soziales bzw. zu den Seiten 38 bis 59. Liegen Wortmeldungen vor?

- ① Zum "Verwaltungsbericht 2015" liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Gibt es noch Anmerkungen zur Botschaft?

Silvia Fels (EVP): Der Verwaltungsbericht kommt wesentlich schlanker daher und das hat uns als EVP-Fraktion gefreut. Wieder einmal mehr ist es spannend zu lesen was in unserem Dorf so alles passiert in einem Jahr. Ganz besonders haben uns die „Gemeinde in Zahlen“ Seiten gefallen, da man die wichtigen Informationen sehr schnell finden kann. Hat jemand gewusst, dass die Feuerwehr 93 Mal ausgerückt ist für diverse Anliegen der Bevölkerung oder dass die Verwaltungspolizei 584 Zahlungsbefehle zugestellt hat? Auch die Zahl in Franken, die bei den Bussgeldern reinkommt, ist doch beachtlich.

Bei der Alimentenbevorschussung ist vor allem zu erwähnen, dass die Rücklaufquote bei 65,8 Prozent liegt und sich gegenüber dem Vorjahr um 3,68 Prozent verbessert hat. Der kantonale Durchschnitt lag im Jahr 2013 bei 57,82 Prozent. Daraus ist ersichtlich, dass sich die Inkassostelle der Abteilung Soziales ganz besonders Mühe gibt, die bevorschussten Gelder zurückzubekommen. Herzlichen Dank!

Aber auch sonst sind die einzelnen Berichte aus den verschiedenen Abteilungen spannend zu lesen und es kommt wieder einmal mehr zum Ausdruck, welche grosse Arbeit dahinter steckt, die guten und bewährten Dinge in unserer Gemeinde zu erhalten und sie in Schuss zu halten, aber auch den Blick in die Zukunft nicht zu vergessen und das Beste für uns alle zu suchen.

Als EVP-Fraktion möchten wir uns herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedanken, die sich für das Wohl der Bevölkerung, für unsere Umwelt und für unseren guten Ruf einsetzen; bei ihrer Arbeit und mit viel Geduld jedem Anliegen begegnen.

Ernst Hirsiger (SVP): Der Verwaltungsbericht orientiert über die wichtigsten Geschäfte und Entscheide der politischen Behörden sowie über die Aufgabengebiete und Projekte der verschiedenen Abteilungen der Gemeindeverwaltung. Über Inhalte und Detaillierungsgrad lässt

sich immer streiten. Der Gemeindeparlamentarier interessiert sich im Normalfall primär für das Kapitel „Geschäfte Grosser Gemeinderat“ (parlamentarische Vorstösse etc.).

Der Verwaltungsbericht 2015 der Gemeinde Ostermundigen wurde überarbeitet und einer Schlankheitskur unterzogen. In der Marketingsprache würde man heute von einem „Re-launch“ sprechen. Dieser ist ihm aus Sicht der SVP-Fraktion gut bekommen. Sie dankt allen Beteiligten, welche an der Überarbeitung des Verwaltungsberichtes ihren Anteil geleistet haben. Der Engländer würde jetzt sagen „well done¹“!

Ich weiss aus persönlicher Erfahrung, dass die Erstellung eines Verwaltungsberichtes nicht zu den beliebtesten Aufgaben von Verwaltungsmitarbeitern zählt. Trotzdem muss die Arbeit getan werden. Mich erinnern die Verwaltungsberichte ganz allgemein an die Erstellung einer Steuerbilanz. Diese ist steuertechnisch optimiert und entspricht nicht immer der geschäftlichen Realität im Unternehmen. Um diese besser zu erfassen, müsste man schon die kaufmännische Bilanz und die Betriebsbuchhaltung analysieren.

Die SVP-Fraktion wird den vorliegenden Verwaltungsbericht 2015 genehmigen und spricht dem Gemeinderat und der Verwaltung bei dieser Gelegenheit ihren Dank für die geleistete Arbeit im Berichtsjahr aus. Bekanntlich bewegte sich unsere Gemeinde 2015 in recht stürmischen Gewässern. Die Verunsicherung beim Personal wegen der anstehenden Sanierung der Personalvorsorgestiftung „PVS B-I-O“ war gross.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Renate Bolliger hat einen **Änderungsantrag Nr. 1** mit folgendem Wortlaut eingereicht:

Ich beantrage, die Motion EVP-Fraktion betreffend Familienkonzept in der Gemeinde Ostermundigen nicht abzuschreiben.

Abstimmung

Der Änderungsantrag von Renate Bolliger (EVP) wird mit 26 zu 1 Stimme angenommen.

¹ Duden: Gut gemacht!

Schlussabstimmung

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 28 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2015 wird genehmigt.
2. Gestützt auf den Bericht über den Stand der unerledigten Motionen und Postulate per 31. Dezember 2015 und aufgrund von Artikel 53 Absätze 8 und 9 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 26. Oktober 2000 mit Änderungen vom 27. Oktober 2011 werden folgende parlamentarische Vorstösse als erledigt abgeschrieben:
 - Überparteiliche Motion betreffend Schaffung von zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen
 - Motion Rudolf Mahler (SP) + Mitunterzeichnende betreffend klares Temporegime auf Ostermundigens Strassen
 - Motion SP/Grüne-Fraktion betreffend Verbesserung des Budgetierungsprozesses
 - Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Nein zur vorschnellen Rütibühl-Umzonung
 - Volksmotion betreffend Errichtung einer Begegnungszone am Steingrübliweg Ostermundigen
 - Motion EVP-Fraktion betreffend Ergänzung des Wahl- und Abstimmungsreglements (WAR) der Gemeinde Ostermundigen
 - Postulat FORUM-Fraktion betreffend Abweisung von Transitverkehr durch Ostermundigen sowie Temporeduktion zwischen „COOP-Rüti und Rörswil“
 - Überparteiliches Postulat betreffend Einführung eines Inkassomanagements und Finanzcontrollings

10.0.11 Reglemente Gemeinde

35. Personal- und Besoldungsordnung (PBO): Anpassung Artikel aufgrund Änderung Personalvorsorgestiftung; Genehmigung der Teilrevision

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Das Geschäft wird von der Traktandenliste gestrichen.

30.1.11 Baugesuche

36. Hochbau: Externe Unterstützung "Baubewilligungsverfahren"; Genehmigung Nachkredit

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Rudolf Mahler (SP): Wir sind über die immensen Kosten von 120'000 Franken erschrocken. Bei der genaueren Betrachtung haben wir festgestellt, dass die Kosten mit den verrechneten Stundenansätzen korrekt sind. Es ist doch unschön, dass wir zur externen Unterstützung im Baubewilligungsverfahren gar nicht mehr Ja oder Nein-Sagen können. Der Sachverhalt ist so und die Abteilung Hochbau musste in den vergangenen Monaten mit turbulenten personellen Wechsel vorlieb nehmen. Wir hoffen, dass sich die Situation mit der externen Zwischenphase verbessern wird. Die neuen Mitarbeitenden werden mithelfen, die Abteilung Hochbau zurück in geordnete Prozesse zu führen.

Departementsvorsteherin Hochbau Ursula Lüthy (Grüne): Ich nehme es als gutes Zeichen entgegen, dass beim vorliegenden Geschäft keine grossen Diskussionen geführt werden. Wenn wir die Dienstleistungen weiterhin erbringen wollen, müssen wir leider mit externen Zusatzkosten vorlieb nehmen. Alternativlösungen kämen die Gemeinde Ostermundigen noch teurer zu stehen.

Ich kann noch eine positive Meldung abgeben: Wir können eine neue Sachbearbeiterin per 1. November 2016 im Hochbauteam begrüssen. Die Evaluation für die Leitung Baupolizei ist noch im Gang. Ausgebildetes Personal ist momentan auf dem Stellenmarkt eher rar. Die Situation sieht jedoch nicht allzu schlecht aus.

Ich möchte noch etwas zum externen Büro berichten: Es ist bereits das dritte Mal in den vergangenen Jahren, wo wir auf das Büro Syntax zurückgreifen. Der Vorteil liegt darin, dass das Büro die Situation in Ostermundigen kennt. Der Leiter und eine Sachbearbeiterin haben die Aufgaben bereits in Angriff genommen. Der Beschluss des Parlamentes ist hauptsächlich formeller Art. Nichtsdestotrotz besten Dank für das Verständnis.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Für die externe Unterstützung im Baubewilligungsverfahren wird ein Nachkredit im Umfang von CHF 120'000.-- (Konto 310.3030.00 - Dienstleistungen Dritter) genehmigt.

30.4.30 Kindergärten Allgemein

37. Sanierung/Neubau Kindergärten; Kreditabrechnung 1. Phase

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Christian Zeyer (SP): Dieses Geschäft haben wir bereits mehrmals im Parlament behandelt. Die ganze Sache ist bedauerlich und die finanzielle Situation der Gemeinde Ostermundigen lässt ein solches Geschäft gar nicht zu. So etwas darf nicht passieren!

Rahel Wagner (EVP): Es ist sehr un schön, wie diese erste Projektphase für die Sanierung resp. Neubau der Kindergärten verlaufen ist. Aber es ist nun so und das Geld ist ausgegeben.

In der Botschaft des Gemeinderates steht, dass die von der Burkhalter Architekten AG erarbeiteten Situationsanalysen und Grundlagedaten teilweise weiterverwendet werden können. Auch die Plangrundlagen und die Kostenschätzung für die Sanierung des Doppelkindergartens Alpenstrasse, der unter Denkmalschutz steht, würden übernommen.

Der Grosse Gemeinderat entscheidet am 10. November 2016 über den gesamten Ausführungskredit. Die EVP-Fraktion möchte gerne wissen, welchen Betrag die Gemeinde durch das Debakel der ersten Phase unter dem Strich verloren - oder auf gut Deutsch - «in den Sand gesetzt» hat. Deshalb bitten wir den Gemeinderat, in seiner Botschaft zum Kreditbeschluss aufzuzeigen, wie hoch dieser Verlust ist.

Colette Nova (SP): Die Unzufriedenheit über den Sachverhalt dieses Geschäft ist bereits deutlich zum Ausdruck gekommen. Ich möchte mich nur noch zu einem Detail äussern: In der Botschaft wird erwähnt, dass eine öffentliche Ausschreibung stattgefunden hat und der Auftrag anschliessend vergeben worden ist. Im Auftrag wurde explizit erwähnt, welche Produkte geliefert werden müssen. Mit der Bewerbung und dem abgeschlossenen Vertrag ist ein Vertragsverhältnis zustande gekommen: „Diese Produkte zu diesem Preis.“

Nachträglich kann niemand mehr kommen und sagen, dass Geld reicht dafür nicht aus! Es ist auf die Gültigkeit des zustande gekommenen Vertrages zu beharren. Also muss zum vereinbarten Preis geliefert werden.

Lieber Gemeinderat und liebe Verwaltung, sollte dies wieder passieren, so ist explizit auf die Preisabsprache hinzuweisen resp. der rechtsgültige Vertrag ist unbedingt einzuhalten!

Im vorliegenden Fall wurde der Auftraggeber gewechselt. Nach bestem Wissen und Gewissen scheint dies ein sinnvoller Beschluss zu sein. Doch in Zukunft darf ein solcher Misstand nicht wieder passieren.

Departementsvorsteherin Hochbau Ursula Lüthy (Grüne): Auch der Gemeinderat ist vom Verlauf dieses Geschäftes nicht begeistert. Der ganze Prozess ist unangenehm. Letztendlich konnte nur noch mit Schadenbegrenzung der Weg beendet werden. Der Gemeinderat wird die Lehren daraus ziehen. Es gilt nun, einen Punkt hinter die ganze Sache machen.

- Die Bitte der EVP-Fraktion habe ich mir notiert.
- Die Spezialkommission hat einen grossen Aufwand betrieben.
- Die Aussage von Colette Nova (SP) wird in der Botschaft beschrieben. Ein sofortiger Stopp war nicht möglich. Der grosse Druck, Schulraum zur Verfügung zu stellen, hat den Gemeinderat zu diesem Missstand geführt. Der GGR hat am 12. Februar 2015 dem Geschäft zugestimmt. In der Botschaft ab Seite 3 wird der Sachverhalt erläutert.
- Der Gemeinderat ist gewillt, die Lehren aus diesem Fall zu ziehen.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 28 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Von der Kreditabrechnung „Sanierung Kindergärten; erste Phase“ (Konto 260.5040.01) abschliessend mit einer Kostensumme von CHF 429'885.-- wird Kenntnis genommen.

13.3.00 Allgemeines
30.4.30 Kindergärten Allgemein

38. Ahornstrasse 1 + 3: provisorischer Doppelkindergarten; Kreditabrechnung

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Christian Zeyer (SP): Besten Dank dem ganzen Hochbauteam für den schönen Abschluss. Wir haben spezielle Freude an den Verbesserungen im Projekt: Der neue Linoleumbelag (inkl. Beleuchtung) wird als gelungen bezeichnet. Es ist wichtig, dass stets nachhaltig gebaut wird. Dafür setzt sich die SP/Grüne-Fraktion ganz vehement ein!

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Von der Kreditabrechnung „Ahornstrasse 1 + 3: Provisorischer Doppelkindergarten“ (Konto 260.5040.02) abschliessend mit einer Kostensumme von CHF 943'224.80 wird Kenntnis genommen.

10.3.72 Motionen
10.3.01 Allgemeines

39. Motion FDP. Die Liberalen-Fraktion betreffend Einführung des papierlosen Ratsbetriebs; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Tobias Weibel (FDP): Wie die meisten von euch wissen, ist die Idee eines papierlosen Ratsbetriebs nicht ganz neu. Bereits vor ca. drei Jahren sind wir mit dieser Idee hier angetreten, mussten die Motion jedoch mangels Aussicht auf Erfolg schlussendlich zurückziehen. Doch wie damals angekündigt, stehe ich nun nochmals mit demselben, respektive einem ähnlichen Anliegen vor euch. Was hat sich im Vergleich zur ersten Version hauptsächlich geändert? Mit dem Verzicht auf die Ausweitung in die Kommissionen erledigen sich einerseits die datenschutzrechtlichen Bedenken von damals. Auch ein WLAN-System hier im Tellsaal ist nicht mehr vorgesehen. Jede und Jeder von uns - sofern am 1. Januar 2017 noch im Parlament anzutreffen natürlich - wird frei wählen können, ob die Papierlösung für sich selber noch die richtige Lösung darstellt.

Und klar kann man in diesem Fall hier wieder die Frage in den Raum stellen, ob denn eine Motion wirklich das richtige Instrument für ein solches, schlussendlich unverbindliches Anliegen, ist. Aber hier geht es aus meiner Sicht effektiv darum, einen symbolischen Schritt in die zweifelslos richtige Richtung, weg vom Verschleiss, von total physischer, natürlicher Ressourcen, zu machen. Darum braucht es ein Zeichen, auch für mich selbst. Denn ein bisschen sind wir alle halt immer noch sehr bequem bei solchen Sachen.

Ich hoffe, diesmal auf möglichst viel Unterstützung von euch zählen zu können. Wenn das mit einem Tablet oder kleinen Laptop nicht funktionieren sollte, so werden wir uns bald alle hier hinter einem Stapel Papier wiederfinden. Aber eben, es hat mal einen gegeben, der hat gefragt, ist das der Endpunkt der Entwicklung von 5'000 Jahren? 5'000 Jahre, solange liegt die Erfindung des Papiers durch die Ägypter jetzt ungefähr zurück.

Rahel Wagner (EVP): Die FDP. Die Liberalen-Fraktion hat die erste Version dieser Motion an der GGR-Sitzung vom 8. Mai 2014 zurückgezogen. Bemerkenswert ist, dass der heute vorliegende Vorstoss nur noch den papierlosen Ratsbetrieb, aber nicht mehr den papierlosen Kommissionsbetrieb fordert. In diesem Sinne kommt die FDP der Meinung der EVP entgegen. Trotzdem kann sich die EVP-Fraktion nicht für diese Motion erwärmen. Dies aus folgenden Gründen:

1. Wie der Gemeinderat in seiner Stellungnahme ausführt, können die GGR-Mitglieder bereits heute die Unterlagen aus dem Internet herunterladen. Allerdings können wir die Meinung des Gemeinderates in seiner Stellungnahme nicht nachvollziehen, dass «eine Vermischung der Zustellart (wahlweise in Papierform oder elektronisch) einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand bedeutet». Wenn schon, dann ist es ein sehr geringer zusätzlicher Aufwand. Im Adresssystem kann man heute ja ohne grosse Umtriebe diejenigen

GGR-Mitglieder bezeichnen, welche die Unterlagen in Papierform nicht wünschen. Auf dieser Grundlage werden dann die Etiketten ausgedruckt. Es ist auf der Adressliste auch sofort ersichtlich, wie viele «Päckli» zum Versand hergestellt werden müssen. Denjenigen Mitgliedern, welche kein Papier mehr wollen, kann der Link zu den Unterlagen per Mail zugestellt werden. Damit wissen sie, wann die Unterlagen bereit sind und können sie herunterladen. Die EVP-Fraktion bittet deshalb den Gemeinderat, es den GGR-Mitgliedern zu ermöglichen, die Zustellart zu wählen. Allerdings sollten sich die Parlamentsmitglieder jeweils am Anfang einer Legislatur auf eine Zustellart festlegen, welche dann für die ganze Amtsperiode gilt.

2. Bezüglich der Einrichtung von WLAN im Telsaal fragt sich die EVP-Fraktion wirklich, weshalb man während den Debatten einen Internetzugang braucht. Es ist doch die Pflicht aller Ratsmitglieder, gut vorbereitet zu den Sitzungen zu erscheinen. Jemand, der die Unterlagen erst anlässlich der GGR-Sitzung herunterlädt, verrät sich selbst: Er oder sie hat die Geschäfte nicht studiert. Und während den Debatten im Internet herumzukurven, ist schlichtweg respektlos. Alle Rednerinnen und Redner bereiten ihre Voten vor und haben sich aus verschiedenen Gründen für oder gegen eine Vorlage entschieden. Wir sollten doch zumindest zuhören, wie argumentiert wird. Ich jedenfalls habe keine Lust, am Rednerpult ein Selbstgespräch zu führen, während die Köpfe der anwesenden Parlamentarier/innen in ihren Laptops und Tablets stecken.

Aus diesen Gründen lehnen wir die Motion ab. Der Gemeinderat wird jedoch von der EVP-Fraktion gebeten, eine Wahlmöglichkeit zu bieten bezüglich der Zustellung der Unterlagen in Papierform, wie ich dies vorstehend vorgeschlagen habe.

Melanie Gasser (GLP): Die GLP-Fraktion wird der Motion zustimmen. Der parlamentarische Vorstoss zielt genau in die richtige Richtung. Wir sprechen immer über die Nachhaltigkeit der Gemeinde Ostermundigen, Ressourcen zu schonen, der Ökologie genügend Werte beizumessen etc..

Den Wunsch der EVP-Fraktion, die Unterlagen "elektronisch oder in Papierform" entgegen zu nehmen, kann ich unterstützen. Ich glaube, der Zeitaufwand für die Verwaltung wird nicht dermassen gravierend sein.

Um die Unterlagen in elektronischer Form zu erhalten, wird die Zustellung der Links unumgänglich sein. Die GGR-Unterlagen müssen bis zu einer bestimmten Frist Online zur Verfügung stehen. Ich bin ebenfalls der Meinung, dass ein WLAN-Anschluss im TELL nicht nötig ist. Dieser muss erst im Zusammenhang mit einem neuen Verwaltungszentrum installiert werden.

Ich bitte das Parlament im Sinne des Fortschrittes die Motion anzunehmen.

Rudolf Mahler (SP): Die Fraktion SP/Grüne steht dem Anliegen grossmehrheitlich positiv gegenüber. Allerdings sind:

1. Die Stellungnahme des Gemeinderates ist unklar verfasst. Den Tell mit WLAN auszurüsten und Swisscom-Abo kosten rund Fr. 6000.--. Das Papier kostet laut Gemeinderat 12'000.--. D. h. Einsparungen dann pro Jahr also Fr. 6000.--. Trotzdem will der Gemeinderat kein WLAN im Tell einrichten. Die Stellungnahme des Gemeinderat ist hier unklar und ohne weitere Begründung unverständlich.

- Wir fordern: Wenn ohne WLAN, dann müssen die Parlamentarier die gesamten Vorlagen jeweils per Mail als Zip-Datei zugestellt bekommen. Ausserdem müssen alle Parlamentarier mit einem kompatiblen Gerät ausgestattet sein. Die Gemeinde muss technischen Support zur Verfügung stellen, für jene, welche mit der Elektronik allenfalls Schwierigkeiten haben. Ausserdem muss die Gemeinde auch Geräte leihweise zur Verfügung stellen, für jene, die über kein Gerät verfügen.

Es kann den Parlamentariern keinesfalls zugemutet werden, die Geschäfte samt und sonders selber auszudrucken oder/und alleine für die kompatible Ausrüstung verantwortlich zu sein.

- Der Gemeinderat muss unseres Erachtens darlegen, wie er genau vorgehen will.

Da nicht klar ist, wie der papierlose Ratsbetrieb eingerichtet werden soll, können wir diesem Anliegen nur in Form des Postulats zustimmen. Wir hoffen, dass die Motionäre der Umwandlung zustimmen können.

Eduard Rippstein (CVP): Reden wir nun ökologisch? Ein Netzverteiler für 40 Netzanschlüsse plus die Stromkosten können die Papierkosten nicht konkurrenzieren. Nicht jeder hat einen Laptop und nicht jeder hat ein Tablet. Es muss möglich sein, zwischen den Formen "Papier" oder "nicht Papier" wählen zu können.

Ich persönlich kann mit dem Papier schneller hantieren und finde die gesuchten Passagen in den Botschaften oder in den Rechnungen bestimmt schneller, als in elektronischer Form.

Lucia Müller (SVP): Auch wir haben uns mit dem Geschäft auseinander gesetzt. Es ist nur dann machbar, wenn beide Varianten (papierform und elektronisch) zu Verfügung gestellt werden. Die Gemeinde darf nicht die Laptops oder Tablets zur Verfügung stellen. Die Motion muss ohne technischen und infrastrukturellen Support realisierbar sein.

Melanie Gasser (GLP): Ich würde mich für den allfälligen technischen Support zur Verfügung stellen.

Christian Zeyer (SP): Melanie pass auf! - Du darfst das Ganze nicht unterschätzen.

Der Gemeinderat will nur das Eine machen. Also will er das Papier abschaffen. Das bedeutet, dass die "Bringschuld" vom Gemeinderat auf eine andere Art erfüllt werden muss.

Die Aussage "Postulat" ist die Richtige. Der Gemeinderat soll prüfen, wie er in Zukunft das Parlament bedienen will. Heute ist noch zu vieles unklar. Wir sprechen also von einem "Prüf-auftrag".

Tobias Weibel (FDP): Im Wortlaut wird erwähnt, dass sich die Parlamentsmitglieder anfangs Legislaturperiode über die Belieferung der Unterlagen zu entscheiden haben. Der Entscheid gilt für die nächsten vier Jahre.

Ich kann einer Umwandlung der Motion in ein Postulat grundsätzlich zustimmen.

Ernst Hirsiger (SVP): Ich bin froh über die Zustimmung des Erstunterzeichners. Die Debatte zeigt, dass wir beim wichtigsten Geschäft des heutigen Abends angekommen sind. Doch dieser Sachverhalt stimmt für mich nicht. Ich gehöre zu der Generation, welche gerne Papier in den Händen trägt. Ich finde die elektronische Form zu mühsam.

Die technischen Mittel stehen bei mir bereit. Doch ich möchte diese für den Ratsbetrieb nicht einsetzen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich habe heute ein Experiment durchgeführt und alle Akten der heutigen Parlaments Sitzung auf dem Laptop gespeichert. Das Arbeiten ist mit Vor- und Nachteilen behaftet.

Wieso hat der Gemeinderat auf das "entweder/oder" hingewiesen? Auf der Seite 2 kann nachgelesen werden, dass für die sieben Sitzungen mit einem Personalaufwand von 80 Stunden kalkuliert wird. Die GGR-Unterlagen werden in einem Hunderterersatz gedruckt. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass der Unterlagenversand nicht zu einem "Wunschkonzert" verkommen darf.

- Zur Frage von Rudolf Mahler (SP): Das Parlament muss sagen, was es will bzw. in welcher Form die Unterlagen zugestellt werden sollen. Am schwierigsten wird die Sache, wenn den Parlamentsmitgliedern die Infrastrukturen (Geräte etc.) sowie ein Supportangebot zur Verfügung gestellt werden müssten. Die Dateien müssen Einzel (nicht als ZIP-Datei) abgerufen werden können. Auch der Datenschutz muss gewährleistet sein.
- Mit einem Prüfauftrag (Postulat) an den Gemeinderat, kann das Geschäft nochmals grundlegend aufgerollt werden. Vielleicht wird noch ein Schweizerischer Kompromiss gefunden.

Colette Nova (SP): Es ist ein parlamentarischer Grundsatz (Artikel 32 Geschäftsordnung des GGR), dass der Grosse Gemeinderat mit allen Unterlagen bedient wird. Es ist selbstverständlich, dass die Unterlagen per Post verschickt werden. Es kann resp. darf nicht sein, dass Kandidatinnen und Kandidaten für das Parlament nur dann mitmachen können, wenn sie ein Tablet oder Laptop inkl. Drucker für die Unterlagen der GGR-Sitzungen vorweisen können. Dieser Sachverhalt ist inakzeptabel. Es muss die Möglichkeit geben, die Unterlagen in Papierform beziehen zu können.

Ob WLAN unbedingt notwendig ist, scheint mir nicht so wichtig zu sein. Vielmehr müssen im Tellaal genügend Stromanschlüsse (inkl. für die Medien und Ratsbüro) zur Verfügung stehen. Uns Parlamentsmitglieder in der Saalabteilung stehen keine Stromanschlüsse zur Verfügung. Was passiert, wenn die Sitzung länger dauert, als Strom im Akku zur Verfügung steht? Die heutige Infrastruktur genügt den Anforderungen in keinem Fall!

Ich bin erstaunt darüber, dass der Gemeinderat diese Anforderung nicht berücksichtigt hat. Nachhaltigkeit ist eine gute Sache, wenn die Voraussetzungen stimmen. Aber die ausgewiesenen Kosten von Fr. 12'000.-- sind sehr bescheiden; ich bin froh darüber.

Lucia Müller (SVP): Ich bitte die Anwesenden, mit Handerheben zu signalisieren, wer die Unterlagen inskünftig in elektronische Form erhalten möchte. Von 40 Ratsmitgliedern wollen nur fünf Mitglieder alles elektronisch. Wegen diesen fünf Personen führen wir eine endlose Debatte!

Wer die Unterlagen in elektronischer Form will, der kann diese bereits heute ab der Gemeindeformerhomepage herunterladen. Eine Einsparung wird mit fünf elektronischen Dossiers bestimmt nicht erwirkt.

Aus diesem Grund bin ich der Meinung, die heutige Situation muss nicht verändert werden. Ich werde dem Geschäft nicht zustimmen.

Aliosha Walter (FDP): Die Motion bzw. Postulat gewährt allen, dass zwischen elektronischer und Papierform gewählt werden kann. Die Langfristigkeit wird mit dem Automatismus erreicht. Auch die Nachhaltigkeit wird mit dem papierlosen Ratsbetrieb erfüllt. Vielleicht sind momentan nur fünf Parlamentsmitglieder für einen "Umstieg" bereit. Doch die Angst wird weichen und die papierlosen GGR-Akten Tatsache werden.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Nach der "Konsultativabstimmung" von Lucia Müller (SVP) wollen wir die richtige Abstimmung vornehmen. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 18 zu 7 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die Motion der FDP-Fraktion betreffend Einführung des papierlosen Ratsbetriebs wird begründet, in ein Postulat umgewandelt, als erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.

2)

2) 19.20 Uhr: Sandra Löhner (CVP) verlässt die Sitzung. Es sind noch 28 Mitglieder anwesend.

10.3.72 Motionen
63.11.05 Abklärungen

40. Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Optimierung des Mutter-Kind Deutschkurses zu einem Integrationskurs; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich die Erstunterzeichnerin der Motion zum Geschäft äussern. Priska Zeyer ist heute Abend nicht anwesend. Somit kann eine Mitunterzeichnerin resp. ein Mitunterzeichner die Motion begründen.

2. Vizepräsidentin Maya Weber Hadorn: Dazu gehört natürlich ein MUKI-Deutschkurs, in welchem nicht nur die Kleinkinder, sondern auch die Mütter und Väter gleichzeitig gefördert werden. Integration und Sprachförderung bedeutet immer eine Investition in die Zukunft und spart auf jedenfall Kosten ein. Eine möglichst frühe Sprachförderung der Vorschulkinder und gleichzeitig eine angepasste Schulung der Mütter oder Väter sind zentral für einen erfolgreichen Start in den Kindergarten und in die Schule.

In der Motion von Priska Zeyer und Mitunterzeichnenden wurde gefordert, dass ein neues Konzept erarbeitet wird und dass der MUKI-Deutschkurs eng mit dem Projekt "schritt.weise" verknüpft wird. Das war die ursprüngliche Idee dahinter.

Die SP/Grüne-Fraktion und auch Priska Zeyer sind aber mit dem Vorschlag des Gemeinderates einverstanden, dass weitere Player auf diesem Gebiet einbezogen werden. Die Zusammenarbeit mit der Abteilung Öffentliche Sicherheit wird begrüsst. Das bestehende Angebot muss geprüft werden und ein runder Tisch zum Thema wird einberufen.

Einer Umwandlung der vorliegenden Motion in ein Postulat kann zugestimmt werden. Wir werden aber den Prozess weiter mit "Argusaugen" mitverfolgen.

Renate Bolliger (EVP): Beim Lesen dieser Motion wurde ich an alte Zeiten erinnert: Als damalige Präsidentin des Elternvereins hatte ich diesen MUKI-Deutschkurs ins Leben gerufen, und Silvia Fels war die erste MUKI-Deutschkurs-Leiterin! Und dies in einer Zeit, wo noch niemand von "Frühförderung" gesprochen hat.

Es ist klar, dass es bei solchen Projekten immer wieder Anpassungen braucht, und es macht für uns als EVP-Fraktion Sinn, dass das Angebot optimiert wird und näher zum Projekt "schritt.weise" rückt. Ich bin sicher, dass weiterhin Bedarf an Deutschkursen für fremdsprachige Kinder besteht. Da bestehen für mich keine Zweifel.

Daher unterstützen wir den Antrag des Gemeinderates, am runden Tisch die Angebote zu prüfen und eine Optimierung anzustreben. Vielleicht werden dann neue Wege sichtbar. Daher ist es für uns gut, das Geschäft als Postulat zu überweisen.

Lucia Müller (SVP): Die Erkenntnis, dass das bestehende Angebot den aktuellen Bedürfnissen nicht mehr zu entsprechen scheint, teilen wir mit den Motionären. Und wenn es aus dieser Erkenntnis heraus nun darum geht, bestehende Angebote zu überprüfen, um allenfalls eine Optimierung zu finden, kann dies auch die SVP-Fraktion unterstützen.

Dies werden wir jedoch nur in Form eines Postulates tun, so dass der Gemeinderat uns hier im Parlament dereinst einen Vorschlag unterbreiten kann, den wir dann für gut befinden oder allenfalls dann halt auch ablehnen können.

Diesen oder diese Vorschläge wird die SVP-Fraktion dann allerdings detailliert prüfen. Insbesondere auch betreffend die im Motionstext angesprochen, heute doch sehr verlockend klingende Aussicht auf eine bis zu 80 %-ige Finanzierung durch den Kanton.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Besten Dank für das Verständnis des gemeinderätlichen Vorgehens und selbstverständlich auch für das Engagement in der Sache.

Das Vorgehen am runden Tisch ermöglicht allerlei Optimales in das Projekt einzubinden. Die Ressourcen nehmen nicht zu. Der Handlungsbedarf wurde auch von der Ausländerkommission erkannt. Wir werden gute, neue Lösungen finden. Die erste Sitzung wurde bereits terminiert und findet am 15. September 2016 statt.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 27 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die Motion SP/Grüne Fraktion: Optimierung des Mutter-Kind Deutschkurses zu einem Integrationskurs wird begründet, in ein Postulat umgewandelt, erhebt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.73 Postulate
10.13.21 Nachbargemeinde Bern

41. Postulat Fraktion SP-Grüne betreffend Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen; Erheb- licherklärung/Ablehnung

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner des Postulates zum Geschäft äussern.

Rudolf Mahler (SP): Zuerst möchte ich dem Gemeinderat für die positive Antwort danken. Es hat unsere Fraktion gefreut, dass der Gemeinderat das Anliegen in Zusammenarbeit mit den Kerngemeinden prüfen will. Allerdings bin ich dann ein wenig erschrocken, als im „Der Bund“ vom 24. August unseres Gemeindepräsidenten mit der Aussage zitiert wurde, dass er in Ostermundigen keine Notwendigkeit zur Bildung neuer Gremien sehe.

→ Weiss da die Linke nicht was die Rechte tut?

Es gibt leider bei vielen Leuten in der Region Bern die Idee, das Land sei wichtiger und besser als die Stadt und die Stadt sei eigentlich nur ein notwendiges Übel. Aussprüche wie „I ga nid gärn id Stadt“ oder „I hautes i däm Lärme nie lang uns“ oder „I ga nume id Stadt weni mues“ hört man ab und zu von Leuten, die auf dem Land oder in der Agglomeration wohnen. Solche Einstellungen und Gedanken sind weit verbreitet. Und obschon die Stadt uns so viel bietet, wird sie häufig als Konkurrentin, anstatt als starke Partnerin gesehen. Darum gibt es zu wenig Zusammenarbeit der Agglomeration mit der Stadt und es wird deshalb zu wenig an gemeinsamen Lösungen gearbeitet.

Dabei hätte die Region Bern es dringend nötig, alle ihre Ressourcen zu nutzen, um stärker und attraktiver zu werden. Wenn man die Bevölkerungsentwicklung in verschiedenen Regionen seit 1981 betrachtet, so sieht man, dass die Region Bern hinter Zug, Freiburg, Genf, Lausanne, Zürich, Luzern, Basel und St. Gallen die schwächste Bevölkerungsentwicklung aufweist. Auch die Zunahme der Arbeitsplätze ist gegenüber den konkurrierenden Regionen vergleichsweise sehr schwach. Diese und andere für die Zukunft der Region Bern nicht sehr ermutigenden Erkenntnisse findet man in der Ecoplan-Studie „Bausteine für die Stadtregion 2030“, die Ecoplan für den Verein „Bern neu gründen“ gemacht hat.

Wir schlagen vor, dass Ostermundigen die Initiative ergreift und zusammen mit den Gemeinden im Perimeter „Bern neu gründen“, also den zwölf Gemeinden mit und um Bern herum eine "Resonanzgruppe Kernregion Bern" einrichtet. Die Resonanzgruppe soll gemeinsame Ziele und Vorstellungen für die Entwicklung der Kernregion Bern bestimmen. Sie kann Projekte für die gemeinsame Zusammenarbeit anstossen und bildet eine Plattform für urbane Interessen und gemeindeübergreifender Zusammenarbeit in der Kernregion Bern. Sie soll aus Vertretungen der beteiligten Behörden gebildet werden. Eingeschlossen sind auch Vertretungen der Parlamente (wo vorhanden), in der Stadt Bern Leute aus der Agglomerationskommission (AKO), um die Zusammensetzung politisch breiter abzustützen.

Weite politische Kreise sind sich einig: Um die künftigen Herausforderungen und Probleme in der Stadt und Agglomeration Bern meistern zu können, braucht es eine gemeinsame, ge-

meindeübergreifender Entwicklung der Kernregion. Allerdings besteht kein politischer Konsens über die anzustrebende Entwicklung in der Agglomeration Bern und es fehlt an geeigneten Strukturen, um die Weiterentwicklung und die langfristige Stärkung der Region Bern zielgerichtet angehen zu können. Dieses Ergebnis zeigt auch eine Studie des Vereins „Bern NEU gründen“, die der Frage nachgegangen ist, mit welchen Modellen sich die Zusammenarbeit in der Stadtregion vertiefen liesse.

Zwar besteht für die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit eine Vielzahl von Gremien. Diese Gremien haben aber alle einen grossen Perimeter und damit in der Folge eine sehr heterogene Interessenslage. Namentlich hat die Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM) nicht die Aufgabe, sich um die Probleme der Kernregion zu kümmern.

Die weitere Stadtentwicklung erfordert aber im unmittelbaren Umfeld der Stadt tragfähige Strukturen, um den gemeindeübergreifenden Dialog zu pflegen und Projekte zur weiteren Entwicklung der Region gemeinsam an die Hand nehmen zu können.

Wir bitten euch, das Postulat für die Entwicklung der Kernregion Bern zu unterstützen.

Ernst Hirsiger (SVP): Die Aussagen von Rudolf Mahler (SP) kann ich fast ausnahmslos bestätigen. Ich kenne auch die Gründe: Es gibt natürliche Abwehrreflexe gegen die rot/grün regierte Stadt Bern. Die 12 Regionsgemeinden gibt es schon seit längerer Zeit. Ostermundigen hat bei der Gründung eine führende Rolle eingenommen. Mit der Schaffung der Regionalkonferenz Bern Mittelland (RKBM) ist das Gebilde in den Hintergrund getreten. Die ursprüngliche Form existiert heute nicht mehr.

Ich bin ebenfalls der Auffassung, dass die 12 Regionsgemeinden eine bessere Zusammenarbeit anstreben müssen. Dies im gesamtwirtschaftlichen Interesse des Kantons Bern.

→ Aber es existieren auch Ängste von einem GROSS-Bern, die nicht unterschätzt werden dürfen.

Stimmzähler Peter Wagner (EVP): Es gibt unserer Meinung nach schon genug Gremien, die sich mit der Entwicklung der Region Bern befassen, wie zum Beispiele «Bern neu gründen», Hauptstadregion Bern, Agglomerationstagung und Regionalkonferenz. Es ist sicher sinnvoller, fokussierter in diesen bereits bestehenden Gremien zu arbeiten, anstatt das Engagement noch in eine weitere Institution aufzusplittern, was wiederum personelle Ressourcen bindet. Deshalb lehnt die EVP-Fraktion diesen Vorstoss ab.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich habe dieses Geschäft noch in elektronischer Form auf meinem Tablet.

Rudolf Mahler (SP) hat den Zeitungsartikel vom 24. August 2016 angesprochen. In der Stadt Bern sind verschiedene Personen der Meinung, dass die Regionalkonferenz kleiner gemacht werden sollte? Ob die 12 Agglomegemeinden dazugehören ist ein anderes Thema. Ich sehe aus dem Gefäss "Regionalkonferenz Bern Mittelland (RKBM)" keinen Grund, die seit eineinhalb Legislaturperioden laufenden Strukturen wieder ausser Kraft zu setzen. Das Beispiel "Ferenbalm" zeigt, dass diese Gemeinde klar auf die Stadt Bern ausgerichtet ist. Die Qualitäten der Stadt Bern werden nicht nur von den Agglomerationsgemeinden sondern auch von den eher

ländlichen Gebieten geschätzt. Die Regionalkonferenz erledigt einen sehr wichtigen Job; die Arbeiten sind nur nicht so gut ersichtlich.

Am Dienstag konnten wir das RGSK II (Regionales Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept) zuhänden der Regionalversammlung vom 27. Oktober 2016 verabschieden. Es ist wichtig, dass die 85 Gemeinden (städtisch und ländlich ausgerichtet), welche über 400'000 Einwohnende repräsentieren, im Gefäss "Regionalkonferenz" zusammen bleiben. Diese Aussage wollte ich im "Der Bund" so klarstellen.

1. RGSK II

Der Städteverband hat eine Studie über die Wirkungen der Agglomerationsprogramme durchgeführt. Die Studie ist positiv ausgefallen; Bund, Kanton und Gemeinden spannen zusammen und die Gelder können nur mit einer starken Regionalkonferenz an Land gezogen werden.

2. Informelles Gremium

Dieses ist in die Beantwortung des vorliegenden Postulates eingeflossen. Der "Boccia-Club" bildet dieses informative Gremium. Die Berichte des Büros Ecoplan sagen aus, dass die Zusammenarbeit innerhalb der Kerngemeinden verstärkt werden muss. Ich bin der Auffassung, dass da zwei Perspektiven in Betracht gezogen werden müssen: Auf der einen Seite die ganze Region und auf der anderen Seite die Fragestellungen, welche nur die 12 Agglogemeinden betreffen. Mit einer sogenannten Resonanzgruppe sollen Verbesserungsmöglichkeiten geprüft und geschaffen werden. Der Gemeinderat ist bereit, zusammen mit der erwähnten Resonanzgruppe das Ganze anzugehen. Ein ähnlicher politischer Vorstoss wurde ebenfalls in der Stadt Bern eingegeben.

Es gibt bereits heute viele Gremien. Wir müssen aufpassen, dass nicht noch mehr solche Gefässe ins Leben gerufen werden und die Gemeindepräsidenten und Gemeinderäte nur noch von Sitzung zu Sitzung berufen werden. Letztendlich müssen auch Erfolge verbucht werden können!

Rudolf Mahler (SP): Ich freue mich über das klare Bekenntnis zur "Resonanzgruppe". Diese Resonanzgruppe kann eine andere Qualität abrufen, da auch Parlamentsmitglieder darin vertreten sind. Eine politisch breitere Abstützung sollte dadurch erreicht werden. Die Regionalkonferenz ist auch weiterhin sehr wichtig. Vielleicht können die Gremien, in welchen viel diskutiert wird und letztendlich nichts dabei herauskommt, ausgemerzt werden.

- Zum Votum von Ernst Hirsiger (SVP): Die Angst vor dem "Gross Bern" scheint mir mit der Zustimmung zum vorliegenden Postulat unbegründet zu sein. Wir hängen stark vom Kanton Zürich ab (Lastenausgleich) und dieser Missstand sollte eliminiert werden.
- Votum Peter Wagner (EVP): Deine Aussage stimmt, es gibt bereits viele solche Gremien. Diese Gremien haben jedoch keine grosse Entscheidbefugnis. Die Resonanzgruppe Kerngemeinden Bern muss mit der Entscheidbefugnis ausgestattet sein.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 13 zu 8 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Postulat SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Kernregion Bern wird begründet, erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.73 Postulate
42.3.01 Reglemente, Vorschriften, Weisungen

42. Postulat GLP/CVP-Fraktion betreffend Massnahmen zur Stabilisierung des Ergebnisses der Spezialfinanzierung "Abwasserentsorgung"; Erheblicherklärung/Ablehnung

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Der Erstunterzeichner des Postulates ist abwesend. Es kann sich der Zweitunterzeichner zum Geschäft äussern.

Eduard Rippstein (CVP): Eigentlich steht alles in der Botschaft. Wir haben noch Geld, jedoch geht uns das Geld bald aus. Wir müssen bereits heute entscheiden, wie wir in Zukunft vorgehen wollen. Das ist die Grundidee des vorliegenden Postulates.

Adrian Tanner (Grüne): Besten Dank für die gemeinderätliche Stellungnahme. Die SP/Grüne-Fraktion kann dem Postulat zustimmen.

Wenn sich ein Defizit über längere Zeit abzeichnet, ist es sinnvoll, wenn Massnahmen ergriffen werden. Dabei darf es keine Fokussierung auf ausgabenseitigen Massnahmen geben. Die Anpassung der Abwassergebühren hat ebenfalls zur Folge, dass das Grundwasser geschützt wird. Als dann müssen Investitionen zurückgestellt werden, um Geld zu sparen. Wir müssen das Blickfeld öffnen.

Melanie Gasser (GLP): Der Vorschlag kommt von der CVP/GLP-Fraktion. Wenn die GLP einen derartigen politischen Vorstoss mit Unterschriften unterstützt, werden bestimmt nicht ökologische Grundsätze mit Einsparmassnahmen beschnitten. Es ist ganz klar, dass die bisherigen Standards beibehalten werden müssen. Wir dürfen hier ganz klare Vorschriften nicht verletzen.

Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP): Besten Dank für die Voten. Der Gemeinderat und die Verwaltung haben die Probleme des Negativtrends erkannt. Die Kommission Tiefbau + Betriebe befasst sich laufend mit diesem Thema. Die Kommissionsmitglieder können vom Parlament über den Stand des Geschäftes befragt werden.

Der Stellungnahme kann entnommen werden, dass die Umsetzung erst im Jahre 2018 vollzogen werden soll. Die Situation sieht heute so aus, dass bereits im Jahre 2017 mit der Verabschiedung des vorliegenden Geschäftes gerechnet werden kann. Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Postulat GLP/CVP-Fraktion betreffend Massnahmen zur Stabilisierung des Ergebnisses der Spezialfinanzierung „Abwasserentsorgung“ wird erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.74 Interpellationen
60.1.15 Altersfragen

43. Interpellation Peter Blaser (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Altersleitbild Ostermundigen; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist der Erstunterzeichner mit der Beantwortung des Gemeinderates zufrieden?

Blaser Peter (SP): Vielen Dank dem Gemeinderat für den aufschlussreichen Bericht.

2. Vizepräsidentin Maya Weber Hadorn: Besten Dank dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Ostermundigen ist auf dem richtigen Weg und macht in der Tat schon sehr viel Gutes und Richtiges. Die SP/Grüne-Fraktion sehen das auch so wie in der Antwort geschrieben: Es fehlt eine Koordinationsstelle/Anlaufstelle für die Altersfragen. Doch genau eine solche Verwaltungsstelle kostet Geld.

Und genau dort liegt der Hund begraben. Zwar werden von gewissen Parteien Umfragen, Podien und Apéros in einer Altersinstitution wie dem Tertianum (oberes Preissegment) gemacht. Es wird der Dialog gesucht und gefördert und es werden private Investoren gesucht, welche mehr Wohnraum für die älteren Menschen bereitstellen sollen, aber schlussendlich ist das nur Nischenpolitik. Denn genau solche private Investoren bauen danach "chic" Alterswohnungen mit viel Stil und Unterstützung, die jedoch wiederum unbezahlbar sind für Anna-Normalbürgerin und Otto-Normalbürger als Senioren.

Die Gemeinde Ostermundigen könnte viel direkter helfen, mit einer Anlaufstelle oder einer Koordinationsstelle, welche die SP/Grüne-Fraktion schon länger fordert und mit subventionierten und bezahlbaren Alterswohnungen, wie sie in der Rüti bereits bestehen. Dafür braucht die Gemeinde aber Geld. Nicht für irgendwelche Apéros. Und das Geld hat sie derzeit nicht.

Und wenn wir "Linken" dann mal wieder mit fehlenden Finanzen aufmerksam machen und eine Steuererhöhung andiskutieren, sind es genau diese Parteien, welche sich jetzt mit Themen wie "Wohnen im Alter" brüsten, die auf gar keinen Fall so etwas unterstützen möchten.

Hier beisst sich doch etwas in den Schwanz? Der begrabene Hund eben. Wir von der SP/Grüne-Fraktion bleiben jedoch am Ball. Die SP macht in Altersfragen keine Nischenpolitik, sondern setzt sich für alle älteren Menschen, auch die, die sich keinen Pflegeplatz im Tertianum leisten können, ein. Sozialpolitik: Für alle, nicht für wenige.

B e s c h l u s s

Die Interpellation Peter Blaser (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Altersleitbild Ostermundigen wird schriftlich beantwortet.

10.3.75 Einfache Anfragen
22.5.01 Liegenschaftssteuern

44. Einfache Anfrage EVP-Fraktion betreffend Kablan AG, Ostermundigen; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Die gemeinderätliche Beantwortung wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt.

B e s c h l u s s

Die einfache Anfrage der EVP-Fraktion betreffend Kablan AG wird schriftlich beantwortet.

45. Orientierungen des Gemeinderates

10.14.40 Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM)
10.22.5.91 Regionalplanung

a) Regionales Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK) II; weiteres Vorgehen

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Das Geschäft "Regionales Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK), 2. Teil" wird wie bereits erwähnt, am 27. Oktober 2016 anlässlich der Regionalversammlung behandelt. Dieses wichtige Instrument wird in das Agglomerationsprogramm 3 des Bundes einfließen und die notwendigen Gelder für die Gemeinden sollen in diesem Zusammenhang bereitgestellt werden.

Das RGSK I wurde als ganzes Geschäft dem Parlament zur Kenntnis unterbreitet. Der Terminplan für das RGSK II lässt eine Kenntnisnahme durch den GGR nicht zu. Das umfangreiche Dossier wird an einer ausserordentlichen GPK-Sitzung am 20. Oktober 2016 stellvertretend für das ganze Parlament verabschiedet. Die Stellungnahme des Gemeinderates wird an dieser Sitzung bekannt gegeben.

50.3.1.05 Gemeindewahlen

b) Wahlanleitung "Gemeinderat"; Sitzverteilung

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): In der Geschäftsprüfungskommission wurde mehr Klarheit über die Sitzverteilung der Departemente verlangt. Die Berechnung der Sitzverteilung wird den Parteipräsidien näher vorgestellt.

10.0.31 Terminpläne Gemeinde

c) Terminplan 2016; Anmerkung der GPK

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die Geschäftsprüfungskommission hat die Einhaltung des Terminplans 2016 von Seiten Gemeinderat und Verwaltung gerügt. Ich habe grosses Verständnis dafür. Es ist manchmal nicht ganz einfach, vorterminierte Geschäfte termingerecht zu erledigen. Es gibt Geschäfte, welche auf gewisse Sachzweige Rücksicht nehmen müssen. Planungsgeschäfte können oftmals bedingt auf äussere Einflüsse nicht termingerecht fertiggestellt werden und dem Parlament vorgestellt werden.

10.3.72 Motionen

d) Motion FDP. Die Liberalen-Fraktion betreffend Stellenplan vor das Parlament

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Der Terminplan hätte bei diesem Geschäft eingehalten werden können. Der Gemeinderat will mit dem Erstunterzeichner sicherstellen, dass keine Antwort niedergeschrieben wird, welche eigentlich schon ganz klar war. Das Geschäft wurde nach der Sommerpause mit dem Erstunterzeichner besprochen und die offenen

Fragen konnten geklärt werden. Die Schlussredaktion für die heutige Sitzung war jedoch nicht mehr möglich.

10.0.11 Reglemente Gemeinde

e) Rückzug von Traktandum #35 „Teilrevision Personal- und Besoldungsordnung (PBO)“

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Siehe die Ausführungen unter dem Traktandum Nr. 45 h)

10.9.31 Behörden- und Verwaltungsreform
60.0.00 Allgemeines

f) Behörden- und Verwaltungsreform: Optimierung der Abteilung Soziales

Departementsvorsteher Soziales Synes Ernst (CVP): Im Rahmen der Behörden- und Verwaltungsreform (BVR) wurden die beiden bisherigen Abteilungen „Sozialhilfe“ und „Vormundschaft/Justiz“ auf den 1. Januar 2013 zur neuen Abteilung „Soziales“ zusammengelegt. Dem Fusionsentscheid hätte eine Reorganisation mit einer Anpassung der Strukturen folgen müssen. Die entsprechenden Arbeiten wurden zwar in Angriff genommen, gerieten aber ins Stocken. Mit der Anstellung eines neuen Abteilungsleiters per 1. März 2016 verband der Gemeinderat die Erwartung, dass die Reorganisation wieder aufgenommen und innert nützlicher Frist zu Ende geführt würde.

An der Sitzung vom 23. August 2016 hat der Gemeinderat den von Abteilungsleiter Daniel Bock vorgelegten Plan zur Optimierung der Abteilung Soziales gutgeheissen. Die Abteilung bekommt ab Januar 2017 eine neue Aufbaustruktur mit vier Bereichen. Mit der Anpassung der Strukturen an das anspruchsvolle Tagesgeschäft im Kindes- und Erwachsenenschutz, der Sozialhilfe und dem Bereich Jugend/Familie unterstützt durch den Bereich Administration wird die Abteilung für die Zukunft fit gemacht. Der Reorganisationsprozess, ein letzter Teil der Behörden- und Verwaltungsreform, wird rund zwei Jahre dauern.

Soweit die Orientierung des Gemeinderats. Erlauben Sie, dass ich als Departementsvorsteher Soziales dem neuen Abteilungsleiter Daniel Bock meinen besten Dank für die geleistete Arbeit ausspreche. Nebst dem Tagesgeschäft hat er das Modell für die Reorganisation der Abteilung ohne externe Unterstützung innert kürzester Zeit entwickelt, eine ausserordentliche Leistung.

40.12.01 Vorschriften, Weisungen, Gesetze, Leitbild, Reglement

g) Abfallsünder

Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP): Ich möchte eine Erfolgsmeldung zum Thema "Abfallsünder" verkünden: Die Bussenverfügungen gegen Abfallsünder haben sich in den Jahren 2014 zu 2015 fast verdoppelt. Es wurden 52 Bussenverfügungen bearbeitet. Seit dem April 2016 kommt ein strikterer Vollzug des Abfallreglements zum Einsatz. Der kantonale Gebührentarif wurde erhöht und kommt heute zur Anwendung. Neben den Bussen wird neu auch der Aufwand der Gemeinde Ostermundigen in Rechnung gestellt. Die ganze Bearbeitung wird in einer Akte angelegt. Das Vorgehen wurde amtlich publiziert und das Medienecho war gross.

Seit dem April 2016 mussten nun nur noch lediglich vier Bussen verfügt werden. Diese Abnahme zeigt, dass mit entsprechendem Handeln und Vernunft etwas Positives erreicht werden kann. Die Abteilung Tiefbau + Betriebe will so weiterfahren.

20.9.21 Pensionskasse

h) Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich verteile die heutige Medieninfo "Personalvorsorge Ostermundigen".

Der Gemeinderat hat an der Sitzung vom 23. August 2016 das weitere Vorgehen für die Personalvorsorge der Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung Ostermundigen diskutiert. Er verzichtet auf das Einreichen einer Beschwerde beim Verwaltungsgericht gegen den Entscheid des Regierungsratsstatthalters.

Beschwerde

Der Gemeinderat akzeptiert den Entscheid des Regierungsratsstatthalters und verzichtet auf eine Beschwerde beim Verwaltungsgericht. Der Gemeinderat will im Interessen der Sache und aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung nach vorne schauen und den Kredit für die Sanierung der Personalvorsorge dem Souverän am 27. November 2016 zur Abstimmung vorlegen.

Volksabstimmung

Basierend auf den nachfolgenden zusammengefassten Entscheiden des Grossen Gemeinderates vom 30. Juni 2016 hat der Gemeinderat den Auftrag erteilt bis Mitte September 2016 zuhanden des Ratsbüros des Grossen Gemeinderates eine Volksbotschaft zu erarbeiten.

- a. *Kredit von CHF 23,4 Mio. (Arbeitgeber: CHF 20,9 Mio., Arbeitnehmer CHF 2,5 Mio. anstelle von Sanierungsbeiträgen, aber innert 8 Jahren mittels Lohnabzügen an die Gemeinde zurückzuerstatten, Beiträge gerundet) für die Vollkapitalisierung der Deckungslücke im Rahmen der Sanierungsmassnahmen der beruflichen Vorsorge des Gemeindepersonals bei der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen*

- b. Kreditbeschluss von CHF 7,2 Mio. (gerundet) für die Übergangsbestimmungen (Abfederungsmassnahmen) im Zusammenhang mit dem Primatwechsel basierend auf dem im Vorsorgereglement der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen
- c. Kreditbeschluss von CHF 1,0 Mio. für die Finanzierung der Abfederungsmassnahmen (Leistungsplan Personalvorsorgekommission Ostermundigen) im Zusammenhang mit dem Primatwechsel (maximale Rentenkürzung 12 %).
- d. Die Anpassung der Kredite an die definitiven Zahlen der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen per 31. Dezember 2016 bleibt vorbehalten.

Anpassung Personalbesoldungsordnung

Der Gemeinderat hat beschlossen auf die Revision der Personalbesoldungsordnung vorerst zu verzichten und den vom Parlament beschlossene Auftrag umzusetzen, wonach der Gemeinderat innerhalb von 2 Jahren neue Grundlagen zum Personalvorsorgestiftungsreglement und zur Personalverordnung (PBO) erarbeitet, die die Kompetenzen der politischen Entscheidungsträger berücksichtigen, einheitlich und übersichtlich sind.

Versicherung ab 1. Januar 2017

Der Gemeinderat hat die notwendigen Schritte in Zusammenarbeit mit der Stiftung PVS B-I-O eingeleitet. Der Gemeinderat hat entschieden, dass der neue Stiftungsrat wie bisher sechs Personen (drei Vertreter Arbeitnehmer, 3 Vertreter Arbeitgeber) umfassen soll und die beiden aktuell Ostermundigen vertretenden Stiftungsräte Aliki Panayides und Niels Arnold weiterhin ihre Aufgabe wahrnehmen sollen. Der Gemeinderat hat dem Gemeindepräsidenten unter anderem den Auftrag erteilt auch Parlamentarier für die Mitarbeit im neuen Stiftungsrat anzufragen. Die Wahl der Arbeitgebervertreter soll nach den Gemeindewahlen durch den Gemeinderat erfolgen. Die Wahl der Arbeitnehmervertreter erfolgt durch die Mitarbeitenden.

Bis zum Arbeitsaufnahme des neuen Stiftungsrates wird die Personalvorsorgekommission Ostermundigen die Vorbereitungsarbeiten in Zusammenarbeit mit der heutigen Stiftung führen.

Musikschule

Gegen den Beschluss des Gemeinderates zur Sanierung der Musikschule wurde beim Regierungsrat ebenfalls eine Beschwerde eingereicht. Durch den Austritt der Musikschule aus der Personalvorsorgestiftung B-I-O ist eine neue Situation entstanden. Der Gemeinderat ist nun auf seinen Beschluss zurückgekommen und wird den Sanierungskredit für die Musikschule zu einem späteren Zeitpunkt den finanzkompetenten Organen zum Beschluss vorlegen.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Dies waren die Mitteilungen des Gemeinderates.

Heute Abend wurde noch ein parlamentarischer Neueingang eingereicht:

- Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Erklärung der Gemeinde Ostermundigen zur TiSA-freien Zone

10.3.72 Motionen

46. Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Erklärung der Gemeinde Ostermundigen zur TiSA-freien Zone; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Gemeinde Ostermundigen zur TiSA-freien Zone zu erklären.

Begründung

Nachdem die Neuverhandlungen über das allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services / GATS) im Rahmen der Doha-Runde der Welthandelsorganisation (World Trade Organisation, WTO) mehr oder weniger zum Erliegen kamen, haben ca. 50 Länder, darunter die Schweiz, 2012 Verhandlungen über das *Trade in Services Agreement (TiSA)* begonnen.

Bereits das GATS wurde heftig kritisiert, weil damit auch jene Dienstleistungen liberalisiert werden sollen, die für die Gesellschaft unabdingbar sind und zu denen alle einen garantierten Zugang haben müssen, wie Gesundheit und Alterspflege, Bildung und Kultur, Wasser- und Energieversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallbewirtschaftung, ÖV usw..

Auch über 1'000 Gemeinden in Europa, darunter fast 100 in der Schweiz, haben zu Beginn des 21. Jahrhunderts diese Kritik zum Ausdruck gebracht, indem sie sich z. B. zur GATS-freien Zone erklärt haben.

TiSA wird im Gegensatz zu GATS nicht im Rahmen der Welthandelsorganisation diskutiert, was die Verhandlungen noch intransparenter macht.

TiSA soll zudem neue Regeln enthalten, die deutlich weiter als jene des GATS gehen. Diese stellen für den demokratischen Entscheidungsspielraum und den Service public eine zusätzliche Bedrohung dar:

Negativlisten sehen vor, dass im Abkommen nur erwähnt wird, was ausdrücklich nicht liberalisiert werden soll. Dies birgt die Gefahr, dass etwas vergessen wird, oder dass zukünftige Dienstleistungen gar nicht reguliert werden können.

Stillhalteklauseln („Standstill“) bewirken, dass nach einer Annahme des Abkommens Regeln nur noch in Richtung Marktöffnung geändert werden können.

Sperrklinkelklauseln („Ratchet“) haben zur Folge, dass jeder Schritt in Richtung Deregulierung, der nach einer Annahme des Abkommens beschlossen wird, endgültig ist.

Diese Einschränkungen würden auch den Handlungsspielraum der Gemeinden massiv beschneiden. Auch der Schweizerische Städtebund sieht im Falle einer Annahme von TiSA, unter anderem wegen den erwähnten neuen Regeln, Gefahren für die Gemeindeautonomie sowie für den Umwelt- und Konsumentenschutz.

Verschiedene Gemeinden, darunter Lausanne, haben sich bereits zur TiSA-freien Zone erklärt. Auch Bern und Zürich unternehmen Schritte in diese Richtung.

Aus diesen Gründen verlangen wir vom Gemeinderat, dass er die Gemeinde Ostermundigen im Sinne eines Signals zur TiSA-freien Zone erklärt.

sig: Adrian Tanner, T. Thulani, R. Mahler, R. Kehrli, P. Blaser, J. Weishaupt, H.R. Burkhalter, M. Weber Hadorn

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Der Präsident:

Der Ratssekretär:

Cédric Luyet

Jürg Kumli

Der Stimmenzähler:

Der Stimmenzähler:

Peter Wagner

Gerhard Zaugg

47. Pendenzenliste 2016

o = offen, e = erledigt, ne = offen, sollte erledigt sein

Ax #	Titel	Start	Ende	Zuständig	Kommentar	Status
2322	Abfallentsorgungsstrategie II	10.12.15	31.12.16	TB	Teilrevision des Abfallreglements vornehmen	e
2385	Interpellation C. Luyet (GLP) betreffend Benachteiligung Ostermündigens durch FILAG	07.05.15	30.11.15	Finanzen	Beantwortung Regierungsrätin B. Simon noch ausstehend	ne
2103	Verwaltungsbericht 2015: Motion betr. Kinderschutz durch Verkehrssicherheit bei der Schule Rüti	25.08.16	31.08.17	GP/ÖS	Anliegen wird nochmals vom GR geprüft	o
2346	Überparteiliche Motion betreffend politische Integration von Jugendlichen	12.02.15	31.12.16	Präsidiales	Nächste Revision GO dem GGR Vorschläge zur Einführung einer Jugendmotion und -postulat unterbreiten	o
1806	Personalvorsorgestiftung PVS BIO	07.05.15 30.06.16	30.06.18	Präsidiales	Volksabstimmung am 27.11.2016	o
2460	Budget; Beschreibung der Investitionsvorhaben	12.11.15	30.11.16	Finanzen	Einheitliche Gestaltung nach CD/Cl. Nur noch auf Homepage aufschalten (nicht mehr in Papierform)	o
2460	Budget 2016; neue Beschlusseziffer # 4	12.11.15	30.11.16	Finanzen	Wie soll der Ausgleich erfolgen?	o